



Ilisu-Staudamm/Türkei

Vertreibung, Umwelt- und Kulturzerstörung – Auch in Ihrer Sparkasse erhältlich!

Am 15.8.2007 unterzeichnete die DekaBank, ein Zentralinstitut der deutschen Sparkassenorganisation, Kreditverträge für den Bau des Ilisu-Staudamms im kurdisch besiedelten Südosten der Türkei. Dieser wird ca. 55.000 Menschen die Existenzgrundlage rauben und sehr wichtige Lebensräume bedrohter Tier- und Pflanzenarten unter einem 313 km² großen See ertränken. Kostbarste antike Kulturgüter, darunter die 10.000 Jahre alte Stadt Hasankeyf, werden auf immer unter den Fluten verschwinden. Die Nachbarstaaten Irak und Syrien wurden nicht einmal völkerrechtskonform konsultiert.



Die Bevölkerung vor Ort, aber auch Nichtregierungsorganisationen in Europa, protestieren seit langem gegen den Bau des Ilisu-Staudamms. Mehrere Banken, darunter die Union Bank of Switzerland (UBS) und Zürcher Kantonalbank (ZKB) sowie verschiedene deutsche Landesbanken zogen sich daraufhin aus dem Projekt zurück oder lehnten eine Beteiligung von vorneherein ab.

Nicht so die DekaBank!

114 Mio € stellt sie der türkischen Regierung zur Verfügung, damit diese die Bauarbeiten der Stuttgarter Baufirma Züblin bezahlen kann. Zur Absicherung des Geschäfts dient eine Hermesbürgschaft.

„Die Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung ist Teil eines Wertekanons aus Vertrauen, Leistung und Verantwortung, den alle Mitarbeiter entwickelt und im Leitbild der Bank verankert haben“, so ist es auf der Website der DekaBank zu lesen.

Die DekaBank, 1999 aus der Fusion von Deutsche Girozentrale Deutsche Kommunalbank- und DekaBank GmbH hervorgegangen, ist ein Zentralinstitut der deutschen Sparkassenorganisation. Sie gehört zu den großen Finanzdienstleistern Deutschlands, der im Publikumsfondsgeschäft mit einem Marktanteil von etwa 20 Prozent einen Spitzenplatz unter den inländischen Investmentanbietern einnimmt. Die DekaBank ist eine Anstalt öffentlichen Rechts und hat ihren Sitz in Frankfurt am Main sowie in Berlin. Eigentümer sind je zur Hälfte Landesbanken und Sparkassen, letztere über den Deutschen Sparkassen- und Giroverband, dem sämtliche regionalen Sparkassen- und Giroverbände angehören.

Mit Investitionen von über 120 Millionen Euro in Kunst und Kultur (2004) ist die Sparkassen-Finanzgruppe der mit Abstand größte nichtstaatliche Kulturförderer in Deutschland. „Chancen ermöglichen“ lautet die Programmatik der Kulturförderung, mit der die DekaBank die zeitgenössischen Künste unterstützt. Doch dieser Slogan gilt wohl nur für zeitgenössische Künstler und Künstlerinnen in Europa: das Engagement der DekaBank im kurdischen Südosten der Türkei sieht anders aus.



Die Stadt Hasankeyf ist seit ca. 10.000 Jahren besiedelt. Assyrer, Perser, Griechen, Römer, Byzantiner, Abassiden, Artukiden, Eyyubiden und Seldschuken und viele weitere Kulturen hinterließen hier ihre Spuren. Einzigartige Monumente bilden eine Einheit mit dem Steilufer des Tigris, die auf der Welt ihresgleichen sucht. Doch während die Weltöffentlichkeit aufschrie, als die Taliban die Buddhastatuen von Bamiyan zerstörten, wirken bei der Zerstörung von Hasankeyf westliche Firmen und Banken sowie die Regierungen von Deutschland, Österreich und der Schweiz mit.

Dank der DekaBank sollen Hasankeyf und die BewohnerInnen des Tigrisales keine Chance mehr erhalten.

Die Bürgschaftsauflagen

Exportkreditgarantien – in Deutschland Hermesbürgschaften genannt – fangen das Risiko des Projekts auf. Sollte die türkische Regierung die Lieferungen aus Deutschland nicht bezahlen, springt die Bundesregierung ein, entschädigt die deutschen Unternehmen und fordert den Betrag von der türkischen Seite langfristig wieder ein. Deutschland, Österreich und die Schweiz unterstützen die Beteiligung europäischer Unternehmen am Ilisu-Projekt mit Bürgschaften über insgesamt ca. 500 Mio €. Als Reaktion auf die massive Kritik der Ilisu-Kampagne in Europa und der Türkei knüpften die Regierungen Deutschlands, Österreichs und der Schweiz 150 Auflagen an die Bürgschaften. Diese sollen das Projekt angeblich mit Weltbankstandards in Einklang bringen. Sie sehen höhere Entschädigungszahlungen für die Enteigneten, zusätzliche Umweltstudien, die Schaffung eines Archäologieparks u. a. vor. Nichtregierungsorganisationen haben jedoch aufgezeigt, dass auch die Auflagen die grundsätzlichen Mängel des Projekts nicht beheben.

(s. <http://www.weed-online.org/themen/hermes/746173.html>)

Zwar sollen einzelne Monumente in einen Kulturpark versetzt werden und Ausgrabungen in der Region stattfinden, um archäologische Schätze vor der Vernichtung zu dokumentieren. Die Pläne hierfür sind nach Meinung von Experten aber weder der Bedeutung der Region angemessen noch ist ihre Umsetzung realistisch und technisch möglich.

Die meisten der betroffenen Menschen sind gegen das Projekt eingestellt. Sie wollen ihre Heimat nicht verlieren, ihre Gärten und Felder nicht aufgeben und befürchten Verarmung. Unterstützt werden sie durch eine lokale Initiative aus über 70 Organisationen – von Gemeindevertretern über Anwalts- und Ingenieurskammern bis zu Vertriebenen- und Menschenrechtsorganisationen. Die Initiative wehrt sich gegen das Ilisu-Projekt und die damit verbundene Kulturzerstörung, die irreversiblen dramatischen Umweltschäden, fehlende Umweltverträglichkeitsprüfungen und die grundlegend inakzeptable Umsiedlungsplanung sowie den Bruch des Völkerrechts durch das Ilisu-Projekt. Trotzdem finden in der Ilisu-Region schon jetzt erste Enteignungen für die geplante Baustelle statt. Die Auflagen, die die europäischen Regierungen mit den türkischen Behörden ausgehandelt hatten, um die Verarmung der Umsiedlungsopfer zu vermeiden, wurden dabei komplett ignoriert.

Obwohl verschiedene Einrichtungen und ExpertInnen in der Türkei und weltweit viele Alternativen für die geplante Energiegewinnung bzw. die regionale Entwicklung vorgeschlagen haben, wurden diese von den Projektbetreibern nie diskutiert. Selbst die Nulloption wäre besser als die Verwirklichung dieses zerstörerischen Projektes, welches obendrein nur etwa 50 Jahre Strom liefern soll.

Der Verwaltungsrat

Der Verwaltungsrat der DekaBank dient als Kontrollgremium des Vorstands analog zu einem Aufsichtsrat bei einer Aktiengesellschaft. Er ist zusammengesetzt aus Vorsitzenden und Sprechern der folgenden Institutionen: Deutscher Sparkassen- und Giroverband | Westfälisch-Lippischer Sparkassen- und Giroverband | Rheinischer Sparkassen- und Giroverband | HSH Nordbank AG | Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen | Landesbank Saar | Nord-Ostsee Sparkasse | Kreissparkasse Göppingen | Landesbank Baden-Württemberg | Bremer Landesbank | Kreditanstalt Oldenburg - Girozentrale - | Sparkassenverband Niedersachsen | Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale | Sparkassenverband Bayern | RP Landesbank Rheinland-Pfalz | NORD/LB Norddeutsche Landesbank Girozentrale | Sparkasse Saarbrücken | Bayerische Landesbank | Sparkassenverband Baden-Württemberg | Hamburger Sparkasse AG | Sparkassen- und Giroverband Rheinland-Pfalz | WestLB AG | Landesbank Berlin AG | Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände | Deutscher Städtetag | Deutscher Landkreistag | Deutscher Städte- und Gemeindebund



Sagen auch Sie **NEIN!**

- Sprechen Sie mit Ihren örtlichen SparkassenvertreterInnen!
- Bitten Sie sie, bei der **DekaBank** als einem Zentralinstitut der Sparkassenorganisation vorstellig zu werden!
- Schreiben Sie selbst an die Zentrale der **DekaBank** (Mainzer Landstraße 16, 60325 Frankfurt am Main, konzerninfo@dekabank.de) und die im Verwaltungsrat der **DekaBank** vertretenen Sparkassen und Landesbanken!

Einige AnlegerInnen haben ihre Konten bei der Sparkasse bereits gekündigt und ihre Deka-Fonds wieder verkauft. Und Sie? Teilen Sie Ihrer Sparkasse und der DekaBank mit, ob Sie Ihr Geld in DekaBank-Fonds anzulegen bereit sind, wenn die Bank sich nicht umgehend aus dem Ilisu-Staudammprojekt zurückzieht.

Die DekaBank ist eine Anstalt öffentlichen Rechts. Fordern Sie mit uns, dass weder öffentliche Gelder noch die Anlagen privater Sparer dazu genutzt werden, Vertreibung, Umwelt- und Kulturzerstörung zu finanzieren. Unterstützen Sie unsere Forderung, Hasankeyf als Welt-Kultur- und Naturerbe zu erhalten!

Weitere Informationen: www.stopilisu.com,
www.weed-online.org/ilisu, www.nadir.org/isku,
www.hasankeyfgirisimi.com
 Heike.drillisch@weed-online.org

Das Konsortium Unternehmen

Andritz (Österreich)
 Züblin (Deutschland)
 Alstom, Colenco, Maggia, Stucky (Schweiz)
 Nurol, Cengiz, Celikler, Temelsu (Türkei)

Finanzierende Banken

Société Générale (Frankreich)
 Bank Austria (Österreich)
 DekaBank (Deutschland)
 Akbank, Garantibank (Türkei)

Exportkreditagenturen

OeKB (Österreich)
 EulerHermes (Deutschland)
 SERV (Schweiz)



Ilisu: Pro & Contra

- 1) **Das Projekt dient der Regionalentwicklung. Für die jetzt Umzusiedelnden ist es hart, aber spätere Generationen werden den Nutzen vom Ilisu-Projekt haben. Er wird „blühende Landschaften“ in der armen Südosttürkei schaffen.**

Andere Staudambauten zeigen, dass die Bevölkerung in der Region oft am wenigsten davon hat. Die Energie fließt vor allem in andere Gebiete. Es werden nur wenige nachhaltige Arbeitsplätze entstehen. Eine Förderung des Tourismus und alternativer Energieprojekte hätte einen langfristigen Nutzen für die Region.

- 2) **Nur der Staudambau bringt das nötige Geld, um die Kulturdenkmäler zu retten, die andernfalls zerfallen würden.**

Im Gegenteil. Da der Bau des Ilisu-Staudamms wie ein Damoklesschwert über der Region schwebt, gab es keinerlei Anreiz für Investitionen. Zudem waren Infrastrukturmaßnahmen in Hasankeyf aufgrund seines Denkmalschutzes bisher nicht möglich. Nun damit zu argumentieren, dass die Überflutung des Ortes einzelne wenige Monumente rettet (wenn diese den Transport überhaupt überleben), ist zynisch. Selbst in seinem jetzigen Zustand zieht der Ort jedes Jahr zehntausende Touristen an. Dies zeigt, dass ein sanfter Tourismus riesiges Potenzial birgt.

- 3) **Die Auflagen der Exportkreditagenturen bringen das Projekt mit internationalen Standards in Einklang.**

Dem ist nicht so. Zum Beispiel hätte die Weltbank das Projekt nicht einmal zur Prüfung zugelassen, da zentrale Untersuchungen über die Auswirkungen auf Flora und Fauna fehlen.

- 4) **Ein Expertenkomitee wird die Einhaltung der Auflagen überwachen.**

Die bereits begonnene Enteignung wurde unter völliger Nicht-Berücksichtigung der Auflagen durchgeführt. Die Experten selbst werden nur ein bis zwei Mal im Jahr in die Region reisen. Wie zusätzliche Überwachungsgremien funktionieren werden und wie unabhängig sie sein werden, ist völlig ungewiss.

- 5) **Die Menschen in der Region erhalten einen besseren Lebensstandard.**

Die Maßnahmen zur Wiederherstellung von Einkommen sind nach wie vor unausgereift. Nur 25 Mio USD sollen hierfür ausgegeben werden – die übrigen 1,02 Mrd. USD dienen größtenteils der Entschädigung der wenigen Landbesitzer, die die größten Flächen beistzen, und dem Wiederaufbau der zerstörten Infrastruktur. Wie die ersten Enteignungen zeigen, sollen die meisten Betroffenen mit Entschädigungszahlungen abgespeist werden, die keinesfalls ausreichen werden, neue Existenzen aufzubauen. Vielen werden ein Leben in Elend in den Armenvierteln der umliegenden Städte führen müssen.

- 6) **Die Umwelt profitiert.**

Falsch. Der Ilisu-Staudamm wird 400 km Flusslandschaft zerstören. Flusstypische Arten verlieren Lebensraum. Diese sind heutzutage infolge bereits bestehender Staudämme ohnehin bereits selten (z. B. Euphrat-Weichschildkröte, Rotlappenkiebitz, Flussfische...) und weltweit bedroht. Die wenigen Arten, die von einem Stausee profitieren (einige Enten, einzelne Fischarten) sind nicht bedroht und sogenannte Generalisten. Zudem fehlt bislang jede seriöse Untersuchung über die Region und deren Arteninventar.

- 7) **Der Ilisu-Staudamm ersetzt den Bau eines Atomkraftwerks.**

Das Ilisu-Wasserkraftwerk soll Spitzenstrom erzeugen, also immer genau dann, wenn besonders viel Energie gebraucht wird. Atommeiler erzeugen dagegen Grundlast, also immer eine gleichbleibende Menge Strom. Die Kraftwerksartem sind daher nicht austauschbar. Mit Effizienzmaßnahmen und einem riesigen Potenzial an Sonnen- und Windenergie stehen der Türkei reichlich Alternativen zum Ilisu-Staudamm zur Verfügung.

- 8) **„Wenn wir es nicht bauen, bauen es die Chinesen“.**

Es stimmt, dass chinesische Unternehmen auf dem Weltmarkt zunehmend in Konkurrenz zu europäischen und amerikanischen Konzernen treten. Wenn europäische Regierungen aber mit öffentlichen Geldern für ein Projekt bürgen, dürfen sie nicht die eigenen und internationale Standards unterlaufen, nur weil sonst jemand anders den Auftrag bekäme. Einer derartigen Abwärtsspirale muss entschieden entgegengetreten werden. Die Initiative vor Ort hat völlig klargestellt, dass sie gegen das Projekt kämpft, egal welche Unternehmen daran beteiligt sind.

In der Ilisu-Kampagne engagiert sich eine Vielzahl von Organisationen, u.a



Informationsstelle Kurdistan e.V. (isku), International Rivers, Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges/ Ärzte in sozialer Verantwortung (IPPNW), medico international, Mesop, urgewald, Verband der Studierenden aus Kurdistan (yxk), Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung (WEED), Zanin-Hannover, BankTrack und viele weitere.



V.i.S.d.P.: Heike Drillisch (WEED), Eldenaer Str. 60, 10247 Berlin, weed@weed-online.org, 030 – 275 82 163